



Gambia: *Yusupha Lowe*, „Verschwindenlassen“, drohende Folter

Hintergrundinformationen



Gambia: 1,7 Mio. Einwohner auf 11.295 km² Fläche, BSP/Einw. 320 \$ (2004), Bevölkerung: ca. 44% Mandingo, 17,5% Fulbe, 12,3% Wolof, 7% Djola, 7% Sarakole u.a., Religion: 85% Muslime, 10% Christen indigene Religionen. Gambia hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* ratifiziert und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* unterzeichnet.



Der 16-jährige **Yusupha Lowe** ist dem „Verschwindenlassen“ zum Opfer gefallen. Der Vater des Jugendlichen, Bai Lowe, soll in den Putschversuch vom 30. Dezember 2014 verwickelt gewesen sein, bei dem bewaffnete Männer den Präsidentenpalast in der gambischen Hauptstadt Banjul angegriffen hatten. Bai Lowe ist außer Landes geflüchtet. Am Mittag des 1. Januars 2015 wurde Yusupha Lowe zusammen mit zwei anderen Familienmitgliedern von Männern in Zivil am Wohnsitz seines Vaters festgenommen. Es wurde nach Angaben von Amnesty International kein Haftbefehl vorgelegt.

Yusupha Lowe wurde an den Sitz des nationalen Geheimdiensts NIA (National Intelligence Agency) in Banjul überstellt, wo er mehrere Monate lang ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten wurde. Gegen ihn wurde keine Anklage erhoben und er erhielt keine Gelegenheit, mit seiner Familie Kontakt aufzunehmen oder einen Anwalt zu sprechen. Sowohl die gambische Verfassung als auch Menschenrechtsnormen und -verträge schreiben vor, dass Straftatverdächtige binnen 72 Stunden nach der Festnahme einem Richter vorzuführen sind. Diese Frist ist massiv verletzt worden.

Gegenwärtig befindet sich Yusupha Lowe Berichten zufolge nicht mehr am Sitz der NIA und gilt als vermisst. Die gambische Regierung bestreitet seine Festnahme und der Staat gibt keine Informationen über den Aufenthaltsort des Jugendlichen bekannt. Zusammen mit ACAT-Frankreich und ACAT-Schweiz fordern wir seine Freilassung.

Das Vorgehen der Regierung kommt dem „Verschwindenlassen“ gleich, welches gemäß Völkerrecht eine Straftat darstellt. Personen, die ohne Kontakt zur Außenwelt festgehalten werden, erleiden besonders oft Folter oder anderweitige Misshandlungen.

Nach dem Putschversuch Ende 2014 wurden Dutzende Menschen – Freunde und Angehörige der mutmaßlichen Putschisten – im Januar 2015 willkürlich festgenommen. Die meisten werden bis heute an geheimen Orten festgehalten. Darunter befinden sich neben Yusupha Lowe auch Frauen und ältere Menschen.

Seit seiner Machtergreifung nach einem Militärputsch im Juli 1994 herrscht der Präsident der Republik Gambia, Yahya Jammeh, uneingeschränkt über das Land. Sein Regime unterhält ein Klima des Schreckens und der Unterdrückung. Folter ist in Gambia an der Tagesordnung. Während ihres Besuchs in Gambia im November wurden dem UN-Sonderberichterstatter über außegerichtliche Hinrichtungen und dem UN-Sonderberichterstatter über Folter der Zugang zu Hafteinrichtungen verweigert, die für Folter bekannt sind.

Im Januar 2013 setzte Präsident Jammeh den politischen Dialog mit der EU aus, nachdem das Thema Menschenrechte in den Themenkatalog aufgenommen worden waren. Der Dialog wurde zwar im Juli 2013 wieder aufgenommen, doch machte die Umsetzung der menschenrechtlichen Verpflichtungen kaum Fortschritte. Im Oktober 2013 gab der Präsident den Austritt Gambias aus dem Commonwealth bekannt, welches mit den Behörden beim Kapazitätsaufbau im Justizbereich und bei der Einsetzung einer nationalen Menschenrechtskommission zusammengearbeitet hatte.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an die Justizministerin der Republik Gambia und senden Sie eine Kopie an die Botschafterin in Brüssel. Der unterschrittsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (**Porto** nach **Gambia** und **Brüssel** je **0,80 EUR**). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.07.2015.* [Fax-Nr. der Botschaft: 0032/224126803, H.E. Mrs Teneng Mba Jaiteh; E-Mail: info@gambiaembassybrussels.be]

Mrs Mama Fatima Singhateh
Minister of Justice and Attorney General
Ministry of Justice
and Attorney General Chambers
Marina Parade
Banjul
GAMBIA

Exzellenz,

Berichte der ACAT-Deutschland über die Inhaftierung des 16-jährigen **Yusupha Lowe** erfüllen mich mit großer Besorgnis.

Yusupha Lowe ist der Sohn von Bai Lowe, der beschuldigt wird, in den Putschversuch vom 30. Dezember 2014 involviert gewesen zu sein. Der 16-Jährige wurde am 1. Januar 2015 zusammen mit zwei Verwandten am Wohnsitz seines Vaters von Männern in Zivilkleidung verhaftet. Es wurde kein Haftbefehl vorgelegt. Yusupha Lowe ist bisher nicht angeklagt worden und verfügt über keinen Zugang zu Rechtsanwälten oder Familienmitgliedern. Zunächst soll er im Hauptquartier des Geheimdiensts NIA (National Intelligence Agency) festgehalten worden sein.

Sein aktueller Verbleib ist jedoch unklar und seine Familie ist in Sorge um seine Sicherheit. Die Festnahme und die fortdauernde Inhaftierung von Familienangehörigen von Personen, die im Verdacht stehen, Straftaten begangen zu haben, stellen Verletzungen von grundlegenden Garantien der Verfassung Gambias wie auch von regionalen und internationalen Menschenrechtsstandards dar.

In Anbetracht der geschilderten Umstände ersuche ich Sie:

- Yusupha Lowes Verbleib aufzuklären;
- ihn bedingungslos freizulassen;
- seine physische und psychische Integrität unter allen Umständen sicherzustellen.

Für die Aufmerksamkeit, die Sie meinem Anliegen entgegenbringen, danke ich Ihnen.
Mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

H.E. Mrs Teneng Mba Jaiteh
Embassy of The Republic of Gambia
126, Ave, Franklin Roosevelt
B-1050 Brussels
BELGIUM

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie zukommen lasse, möchte ich die Justizministerin der Republik Gambia auf die Festnahme des Jugendlichen Yusupha Lowe aufmerksam machen und sie darum bitten, sich seines Schicksals anzunehmen.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)



Simbabwe: *Itai Dzamara*, „Verschwindenlassen“ , drohende Folter

Hintergrundinformationen



Simbabwe: 12,9 Mio. Einwohner auf 390.757 km² Fläche, BSP/Einw. 680 \$ (2012), Bevölkerung: mehrheitlich Bantu, 17% Ndebele, 1,4% Weiße, 10.000 Asiaten (v.a. Inder); Religion: 60-70% Christen, Minderheiten von Muslimen und Juden, viele Anhänger von Naturreligionen; unabhängig seit 1980. Simbabwe hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* ratifiziert, **nicht** jedoch das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe*.



Itai Dzamara, Journalist, Demokratieverfechter und Leiter der Protestbewegung Occupy Africa Unity Square (OAUS), wurde laut Amnesty International am Morgen des 9. März 2015 im Vorort Glen View der simbabwischen Hauptstadt Harare verschleppt. Er befand sich bei einem Frisörbesuch.

Fünf Männer, die mit einem weißen Lieferwagen mit verdeckten Nummernschildern unterwegs waren, beschuldigten ihn, Vieh gestohlen zu haben, legten ihm Handschellen an und fuhren mit ihm davon.

Die Versuche der Familie Itai Dzamaras und von Menschenrechtsanwälten, seinen Aufenthaltsort zu ermitteln, schlugen bislang fehl.

Am 7. März hatte Itai Dzamara an einer Demonstration der Oppositionsbewegung Movement for Democratic Change (MDC-T) in Harare teilgenommen. Dabei hatte er dazu aufgerufen, in einer Massenaktion auf die sich immer weiter verschlechternden wirtschaftlichen Verhältnisse in Simbabwe hinzuweisen.

Als Leiter der Protestbewegung OAUS hatte Itai Dzamara eine Petition beim simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe eingereicht, die ihn zum Rücktritt aufforderte und dazu, den Weg zu Neuwahlen zu ebnen. Die OAUS wurde im Jahr 2014 gegründet und setzt sich für Demokratie in Simbabwe ein.

Für sein Engagement zugunsten der Demokratie hat Itai Dzamara auch in der Vergangenheit Repressalien erlitten. Er wurde willkürlich festgenommen und sowohl von Beamten des Staatssicherheitsapparates als auch von Mitgliedern der Regierungspartei ZANU-PF schwer geschlagen.

Am 6. November 2014 wurde Itai Dzamara von Angehörigen der Bereitschaftspolizei brutal zusammengeschlagen und bewusstlos zurückgelassen. Bei der Aufnahme ins Krankenhaus brach er zusammen, musste wiederbelebt und anschließend auf der Intensivstation behandelt werden.

Als Leiter der OAUS hatte Itai Dzamara bereits im Oktober 2014 eine Petition beim simbabwischen Präsidenten Robert Mugabe eingereicht, die ihn zum Rücktritt aufforderte. OAUS veranstaltete zudem einen Sitzstreik im Africa Unity Square, einem Park im Zentrum von Harare in der unmittelbaren Nähe des Parlaments und unweit des Amtssitzes des Präsidenten.

Der Rechtsanwalt Kennedy Masiye von der Menschenrechtsorganisation Zimbabwe Lawyers for Human Rights, die die Proteste unterstützt hatte, wurde ebenfalls von der Bereitschaftspolizei geschlagen, obwohl er sich als Rechtsbeistand von Itai Dzamara zu erkennen gegeben hatte. Die Polizisten warfen seine Anwaltszulassung weg und griffen ihn an. Hierbei wurde ihm der Arm gebrochen und er musste im Krankenhaus behandelt werden.



Brieftext

Bitte schreiben Sie an den Innenminister der Republik Simbabwe und senden Sie eine Kopie an die Botschafterin in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto nach Simbabwe 0,80 EUR). *Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.07.2015.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/20455062, I.E. Frau Ruth Masodzi Chikwira; E-Mail: zimberlin@botschaft-zimbabwe.de]

Hon. Kembo Mohadi
Ministry of Home Affairs
11th Floor Mukwati Building
Corner Fourth and Livingstone Avenue
PO Box CY 7703, Harare
ZIMBABWE

Sehr geehrter Herr Minister,

aufgrund tiefer Besorgnis über das „Verschwindenlassen“, dem der Journalist Herr **Itai Dzamara** nach Angaben von ACAT-Deutschland zum Opfer gefallen ist, wende ich mich an Sie. Herr Itai Dzamara ist auch Leiter der Protestbewegung Occupy Africa Unity Square (OAUS). Am Morgen des 9. März 2015 befand er sich in Glen View, nahe Harare, bei einem Frisörbesuch, als fünf Männer in einem weißen Lieferwagen mit verdeckten Nummernschildern anhielten. Sie beschuldigten ihn, Vieh gestohlen zu haben. Die Männer legten ihm Handschellen an, zerrten ihn in den Wagen und fuhren mit ihm davon. Seitdem fehlt jedes Lebenszeichen von Herrn Itai Dzamara.

Sehr geehrter Herr Minister, hiermit ersuche ich Sie, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass:

- die Polizei unverzüglich eine Untersuchung der Entführung von Herrn Itai Dzamara einleitet und die Verantwortlichen für dieses Verbrechen in einem fairen Prozess gemäß internationalen Standards vor Gericht gestellt werden;
- der Vermisste, wenn er sich in staatlichem Gewahrsam befindet, vor Folter und jeder anderen Art von Gewalt geschützt sowie umgehend, vorbehaltlos und dauerhaft freigelassen wird;
- der Praxis des „Verschwindenlassens“ in Simbabwe wirksam Einhalt geboten wird und auch die Polizei unverzüglich jegliche willkürlichen Festnahmen, insbesondere von Menschenrechtsverteidigern und Oppositionellen, unterlässt.

In der Hoffnung auf Ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit verbleibe ich mit hochachtungsvollem Gruß

Als Kopie zur Kenntnis an:

I.E. Frau Ruth Masodzi Chikwira
Botschaft der Republik Simbabwe
Kommandantenstraße 80
10117 Berlin

Exzellenz,

mit unten stehendem Schreiben, das ich Ihnen als Kopie zukommen lasse, möchte ich den Innenminister der Republik Simbabwe im Falle des entführten Journalisten Herrn Itai Dzamara um Unterstützung ersuchen. Sehr dankbar wäre ich Ihnen für Informationen über die Anstrengungen der Behörden zur Aufklärung des „Verschwindenlassens“.

Mit hochachtungsvollem Gruß

[Zum Download des Briefes als Word-Datei](#)